

Der Blick in den Spiegel ist falsch adressiert

Über den Umgang mit einem ungeliebten politischen Konkurrenten
und die Unkenntnis des Versagens der eigenen Partei
in der Weimarer Republik

Offener Brief

für das Mitglied des Bundestages und den SPD-Politiker

Johannes Kahrs
von
Tristan Abromeit

September 2018

Text 158.1

www.tristan-abromeit.de

Straßenumbenennungen als ein politisches Problem

von
Tristan Abromeit
3. Oktober 2018
Tag der deutschen Einheit

www.tristan-abromeit.de

Text 158.2

Der Blick in den Spiegel ist falsch adressiert

Im Bericht von Marina Korbaki in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 10. 09. 2018 unter dem Titel

> **Es kracht im Hohen Haus**

Der Bundestag sollte eigentlich über den Haushalt beraten – doch die Generaldebatte drehte sich um die emotionale Lage der Nation. Die AfD macht jetzt die Etablierten zu Wutbürgern:

Dem SPD-Mann Martin Schulz etwa, inzwischen einfacher Abgeordneter, platzte der Kragen. < heißt es u.a.:

< Zum Eklat kommt es, als der SPD-Politiker Johannes Kahrs ihnen zuruft: „Hass macht hässlich, schauen Sie in den Spiegel.“ Kahrs setzt nach: „Schauen Sie in den Spiegel, dann sehen Sie, was diese Republik in den 20ern und 30ern ins Elend geführt hat.“ Die AfD-Abgeordneten verlassen den Plenarsaal.<

Sehr geehrter Herr Kahrs,

Ihre Empfehlung an die AfD-Abgeordneten in Bezug auf den Untergang der Weimarer Republik in den Spiegel zu schauen, haben Sie falsch adressiert. Für Sie und die SPD wäre es ehrenvoller gewesen, Ihre Empfehlung an die eigene Fraktion zu richten. Bevor ich diese Empfehlung mit wenigen Zitaten begründe, noch ein paar Anmerkungen vorweg:

Ich habe von der morgendlichen Zeitungslektüre den Satz im Kopf: „Hass sei keine Straftat!“ Das stimmt wohl, wenn er nicht zu einer Gesetzesverletzung führt. Hass ist eine Gefühlsregung und in der Regel destruktiv, besonders am zentralen Ort der Gesetzgebung. Aber zu fragen ist doch, ob der Hass von „linken“ Politikern auf „rechte“ Politiker besser ist, als in umgekehrter Reihenfolge.

Es wird doch das Herrschaftssystem *Demokratie* auch deshalb verteidigt, weil in ihr die unterschiedlichen Vorstellungen von Gestalt und Verfassung der eigenen Gesellschaft zum Ausdruck kommen können. Wenn das richtig ist, dann gehören auch alle vorhandenen Impulse der Politikgestaltung in die Parlamente. Forderungen – auch indirekte – nach Ausschluss einzelner Mitglieder oder von Gruppen von Abgeordneten haben daher einen antidemokratischen Charakter. ¹

¹ Das sollte nicht als meine persönliche Sympathie für die AfD gedeutet werden.

Der Auf- und Abstieg von politischen Parteien und damit die Veränderungen in der praktizierten Politik können nicht als naturgesetzlich, als Lust am Untergang der Wähler oder als Verführung durch Sprüche und Symbole gedeutet werden. Naturgesetzlich ist aber wohl, dass sich die Menschen von einer Politik distanzieren, die auf Dauer für sie unbefriedigend ist. Wenn also bei uns, in Europa und weltweit sich verstärkt rechte Tendenzen durchsetzen, dann ist das ein Ergebnis der Mitte-Links-Politik(en) der Parteien seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die immer viel versprachen, oft falsche Bilder der politischen Wirkungskräfte zeichneten, aber zu keiner grundsätzlichen Lösung gesellschaftlicher Probleme führte(n).

Es ist in aktuellen politischen Auseinandersetzungen durchaus berechtigt, auf geschichtliche Vorgänge zurückzugreifen und auf die Gefahr von Wiederholungen von Fehlern hinzuweisen. Diese Rückblicke werden aber dann intellektuell unredlich bis hin zur politisch motivierten Lüge, wenn die Rückgriffe erst mit der Zeit der Machtübernahme von Hitler beginnen und das Wirken der Demokraten vor dieser Zeit, in der die Startbahn für den Nationalsozialismus gebaut wurde, ausblenden.

Es liegen genügend Zeugnisse vor, wie die Beschreibung von Gerhard Ziemer, dass die Inflation und Deflation die Demokratie zwischen den beiden Weltkriegen bei uns zerstört haben. Und mit der Schrift „Gegen den Strom“ von Johannes Schumann liegt mir ein solches Zeugnis vor, wie die SPD damals eine sachgerechte Lösung der zerstörerischen ökonomischen Probleme verhindert hat. Natürlich hat die SPD von damals nicht aufgrund von Böswilligkeit gehandelt oder aus selbstzerstörerischen Gründen ihre Opferrolle unter dem Nazi-Regime vorbereitet. Sie war aber einfach stärker als heute in marxistischen Gedankengängen gefangen, die sie für nichtmarxistische Lösungen unempfänglich machte. Das ist nicht ehrenrührig, aber auch kein Grund, die eigene Geschichte zu verdrängen und für rhetorische Gefechte umzudeuten.

In der oben erwähnten Schrift „**Gegen den Strom**“, 1986, berichtet Hans Schumann, wie er mit Erich Mäder damals in der SPD gegen die Deflationspolitik gekämpft hat und dafür aus der Partei ausgeschlossen wurde. Ich gebe nachfolgend die von ihm im Kapitel „Verschleierte Vergangenheit“ eingefügten Zitate aus Stellungnahmen von Zeitgenossen nach dem Krieg bis 1960 über die Zeit vor der Naziherrschaft wieder:

Verschleierte Vergangenheit

Am 8. Mai 1985 sagte Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker in seiner Ansprache: Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart." Dem kann man nur zustimmen, aber diese Vergangenheit beginnt eben nicht erst im Jahre 1933. Was danach an „Unmenschlichkeiten“ geschehen ist - und nicht nur von deutscher Seite! - wäre gar nicht möglich gewesen, wenn Weimar nicht gescheitert wäre. Über diese Vergangenheit konnten etwa bis zum Jahre 1960 noch unabhängige Kritiker die Wahrheit sagen — während heute die Öffentliche Meinung offensichtlich anders „präpariert“ worden ist.

Damals konnte man noch lesen:

Der ehemalige Bundesfinanzminister Franz Etzel schrieb in seinem Buche „Gutes Geld durch gute Politik“ 1959 S. 27:

„Ich selbst vergegenwärtige mir an einem anderen Beispiel, wie doch die tragischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte hätten vermieden werden können, wenn wir in den Jahren 1929 bis 1933 in der großen Weltwirtschaftskrise bei uns die gleichen wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse über Konjunkturpolitik gehabt hätten, die wir heute haben... Ohne die sechs Millionen Arbeitslose hätte es weder eine nationalsozialistische Machtergreifung noch einen zweiten Weltkrieg mit allen ihren Folgen gegeben. Fundierte sozialwissenschaftliche Erkenntnisse sichern - und das ist die Erkenntnis aus dieser Betrachtung - Wohlstand und Frieden.“

*

„Metall“, die Zeitschrift der IG Metall für die Bundesrepublik, schrieb am 21.2.1953:

„Zweimal wurde das soziale Gefüge des deutschen Volkes in den Grundfesten erschüttert: während der großen Inflation des Jahres 1923 und nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929. Ohne diese Katastrophen wäre der Nationalsozialismus niemals eine Macht geworden.“

*

Golo Mann erklärte in „Radius“, einer Zeitschrift der Evangelischen Akademikerschaft Dezember 1959:

„Man kann nicht oft genug die einfache, klare Tatsache wiederholen, daß Hitler mit aller seiner Propaganda nicht vorwärtskam, vielmehr zurückging in den Jahren leidlicher Prosperität, daß der steile Aufstieg der Partei zeitlich zusammenfiel mit dem Aufstieg der Krise, der Arbeitslosigkeit, des allgemeinen wirtschaftlichen Ruins ...“

*

Die Zeitschrift „Atlantis“ und später DIE WELT veröffentlichten im Jahre 1959 einen Beitrag von Sigismund von Radecki: „Als ob das immer so weiterginge“.

„Schon die monetarische Krise der Inflation von 1923 hatte mit ihrer Verbit-
terung und Verzweiflung die Nazis in Marsch gesetzt; jetzt tat die Wirt-
schaftskrise von 1930 das gleiche, aber in stärkerem Maße, weil der psy-
chologische Widerstand von 1923 fehlte - man hatte den Glauben an die
normale Wirtschaft und die normale Demokratie verloren. Ohne die Wirt-
schaftskrise wären die Nazis nie wieder hochgekommen; so hat also 1929
den Zweiten Weltkrieg mit herbeigeführt - eine fürchterliche Wirkung, wie sie
noch kein Haussekrach je gehabt hat. 50 Millionen Leichen - die liegen so
still, weil man 1929 auf der Börse so gestikuliert hat.
Lüge und Mord stehen ja stets in Verbindung..."

*

Daß die Weimarer Demokratie letzten Endes an der Wirtschaftskrise schei-
terte, wird heute ernstlich kaum noch bestritten. Aber während man doch
sonst übereifrig bemüht ist, durch Fahndung nach dem Schuldigen die Ver-
gangenheit zu „bewältigen“, behauptet man hier, die damals Verantwortli-
chen hätten weder die Ursachen jener Krise, noch deren Urheber gekannt,
noch die Maßnahmen zur Verhinderung jenes Wirtschaftsverbrechens ge-
gen die Menschlichkeit.

*

Doch wagten es einige Männer, gegen diesen Strom zu schwimmen. Pro-
fessor Dr. Baade, Kiel, schrieb am 2. 8. 1957 in DIE WELT:

„Alle Vorschläge und Programme für eine aktive Konjunkturpolitik wurden
(von den Weimarer Parteien!) abgelehnt und die brachliegende Leistungs-
kraft von 6 Millionen Arbeitslosen wurde dem Nationalsozialismus in die
Hände gespielt.“

*

Und der ehemalige Gouverneur der Bank von England, Vincent Vickers,
schrieb in seinem 1950 erschienenen Buche „Economic Tribulation“:

„Wo Zufriedenheit ist, kann es keinen Krieg geben, wo aber Unzufriedenheit
herrscht, da werden auch Krieg und Kriegsgefahr bestehen bleiben. Die Fi-
nanzindustrie, die Börsenbankiers und die Börse werden durch das Auf und
Ab der Wirtschaft reich, ja sie sind zum großen Teil sogar auf diese Wech-
selspiele der Konjunkturen und die Veränderungen des Warenpreisniveaus
angewiesen, um daran zu profitieren. (Hier fehlen vermutlich die Schlussstriche. TA)

Warum sind wir noch bereit, die Zukunft der Demokratie dem Einfluß jener
wenigen Leute auszuliefern, die immer noch unser Kapital, unser Geld be-
herrschen: der internationalen Finanz? Das bestehende Geldsystem stand
und steht noch immer dem Fortschritt und der Besserung der sozialen Ver-
hältnisse im Wege; es verursacht allgemeine Unruhe und eine Neigung,
durch Gewalt zu erreichen, was auf andere Weise nicht zu erreichen ist. Un-
sere demokratische Ordnung und das bisherige Finanz- und Geldwesen

können nicht mehr zusammen bestehen bleiben. Eines muß darum dem anderen den Weg freigeben. Darum legte Vincent Vickers im Jahre 1919 die Leitung der Bank von England nieder und sagte deren Politik „Kampf bis zum Tode“ an.

*

In einem Aufsatz von Bernd Nellessen, „Als der Staat verramscht wurde“, den DIE WELT im Juli 1960 veröffentlichte und wo er behauptete, „Die Weimarer Republik war tot, ehe Hitler kam“, ist Nellessen „versucht, weniger von Schuld als von tragischer Befangenheit zu sprechen“. „Waren die Parteien, die so klanglos untergingen, nur wehrlose Opfer? Wer ihren Weg verfolgt, kann nicht daran vorbei, daß auch sie dem, der sie hängen sollte, den Weg bereitet haben.“ „Ob liberal, ob katholisch oder sozialistisch, ob demokratisch bis zuletzt - sie alle verhalfen Hitler zur Macht.

„Dieser Staat war von seinen Parteien her krank bis ins Mark, ehe er Hitler in die Hände fiel.“

Das Zentrum (Vorläuferin der CDU!) „handelt seine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz mit kulturpolitischen Konzessionen Hitlers ein.“ „Der Bischof von Osnabrück sagt, die Bischöfe hätten schon längst den neuen Staat bejaht“!

„Ratlosigkeit und Hilflosigkeit! Als ob beides, je näher das Ende heranrückte, um so größer geworden sei, um dann schließlich im eigenen Zerfall zu enden, so zeigt sich die SPD, ein Trümmerfeld lange schon vor ihrem Verbot.“

„Zu glauben, heute hätte uns die Geschichte ... nichts mehr zu sagen, wäre gefährlich naiv. Einen Staat haben wir zu Schrottpreisen verramscht; nun: wie weit sind wir mit unserer Lektion?“

Ja, wer hat diese Lektion begriffen? Die Lehre, die uns Weimar erteilt hat, daß alle politische Macht, die nicht wirtschaftlich fundiert ist, brüchig sein muß!?

Nicht begriffen hat diese Lehre z.B. Horst-Albrecht Sievert, der am 26. März 1986 in „DIE WELT“ schrieb:

„Seit es sie gibt, sind die Notenbanken von einem Schleier des Geheimnisses umhüllt. Das ist auch richtig so, denn die Geldmaschinen müssen möglichst geäuschlos laufen, wenn die Effektivität der monetären Politik nicht in Frage gestellt werden soll.“

D a r f sie etwa nicht in Frage gestellt werden- wie jenes geheimnisvolle „verschleierte Bild von Sais“? Damit die Bevölkerung nicht weiß, w e r sie abwechselnd inflationär und deflationär „geräuschlos“ überfährt? Daß die „Effektivität der Notenbanken“ stets dann versagt, wenn ihre Zahlungsmittel zurückgehalten werden?

In einer Rundfunkzeitung wurde behauptet, die „Katastrophe begann in den USA, weil der Weltbedarf an Nahrungsmitteln zurückgegangen“ sei - und

brachte gleichzeitig Bilder von hungernden Arbeitslosen.

Am 2. Dezember 1985 schrieb das „Frankfurter Institut für Wirtschaftsforschung« in seinen „Argumenten zur Wirtschaftspolitik“:

„Bei stabilen oder gar sinkenden Preisen partizipieren auch und vor allem die sozial schwächsten Gruppen durch steigende Realeinkommen am Aufschwung. Ein Prozent weniger Inflation im Jahre macht heute statistisch ca. 11 Mrd. DM mehr real verfügbaren Einkommen aus.“

Welch statistischer Unfug: Es verringert lediglich den Verlust an realem Einkommen - aber 1 Prozent sinkende Preise steigert die Last aller Schulden zugunsten der Gläubiger und lähmt die Wirtschaft. Und das sollten die Mitarbeiter des Instituts, die Professoren Engels, Krahen, van Hooven und Gumbert nicht wissen? Trotz der Erfahrungen von Weimar?

Ich kann nur in Zorn und Trauer zurückblicken auf unsere vergeblichen Versuche, „gegen den Strom“ zu kämpfen in einer Vergangenheit, die bis heute nicht bewältigt, sondern ständig vergewaltigt wird. (Seite 57 - 60)

Ich zitiere jetzt noch aus den *Schlussfolgerungen* von Gerhard Ziemer aus seinem benannten Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“, 1971.

... Man kann fragen, ob es die Mühe lohnt, die voneinander abweichenden Ansichten der deutschen Historiker über die Wirtschaftskrisen der Weimarer Zeit beeinflussen zu wollen, da die Wirtschaftswissenschaftler, unsere Bundesbank und die für den Wirtschaftskurs ihrer Parteien verantwortlichen Politiker der Gegenwart ein sicheres Wissen über Konjunkturen und über das Instrumentarium der Krisenbekämpfung haben. Das ist richtig, wenn auch die Kenntnisse in Konjunktur- und Währungsfragen immer noch auf kleine Kreise beschränkt sind und Erörterungen über Gold, Stabilität, Wechselkurse, schleichende und angeblich bald galoppierende Inflationen auch in den Reihen der sonst Gebildeten oft seltsam unkundige Gedankengänge auslösen. Wie schwankend die breite Öffentlichkeit mit ihrer Presse in Deutschland reagiert, wurde deutlich, als de Gaulle die Wieder-Inthronisierung des Goldes verlangte. Erst die Stellungnahme der Bundesbank, die den französischen Vorschlag mit Recht ablehnte, klärte endgültig die Richtung unserer Pressekommentare. So mag auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht die Auseinandersetzung mit den Weimarer Krisen von Nutzen sein.

Wichtiger ist aber etwas anderes. Wir haben in Deutschland den Wunsch, nach allem, was geschehen ist, der Umwelt und unseren eigenen nachfolgenden Generationen erklären zu können, warum in den dreißiger Jahren von einem arbeitsamen, vernünftigen und friedliebenden Volk wo 100 kommunistische und über 200 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete gewählt werden konnten. Wir müssen erklären können, warum auch die deutsche Mitte in der Billigung des Ermächtigungsgesetzes schließlich ihre Zustimmung zur Kanzlerschaft Hitlers gab. Das ist ohne das Elend der Massenarbeitslosigkeit, mit der die demokratischen Parteien nicht fertig geworden waren, nicht zu begründen. Die Dauer und das Ausmaß der Wirtschaftskrise aber waren keine höhere Gewalt, sondern beruhten auf dem Versagen politisch wohlmeinender, aber volkswirtschaftlich unkundiger Männer. Dieses Versagen war in den Motiven wieder zu-

rückzuführen auf das Versagen anderer unkundiger Männer, die als verantwortliche deutsche Politiker die fünfjährige uferlose Inflation betrieben hatten. Inflationsangst und Deflationskrise hatten sich auf unheilvolle Weise miteinander verstrickt. Die deutsche Demokratie ist nicht an Ideologien, sondern an ihren Währungskrisen zugrunde gegangen. Das ist keine tröstende Erkenntnis. Sie ändert und rechtfertigt nichts an den Untaten, die Hitler und der Nationalsozialismus begangen haben, machen es aber verständlich, warum die Mehrheit des deutschen Volkes sich dem Nationalsozialismus untergeordnet hat. Er hatte zunächst für die Massen nicht Blut und Tränen, sondern nach langer Krise Arbeit und Brot gebracht.

Die richtige Bewertung des Zusammenhangs der deutschen Wirtschaftskrisen mit der Radikalisierung der Politik dürfte auch Sorgen zerstreuen, wie sie Sebastian Haffner in seinem Aufsatz in der »Zeit« vom 21. Februar 1969 »Hitler als Verführer« vor einem neuen Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik geäußert hat. Sie sind in der Gegenwart unbegründet. Ein Wahlerfolg einer radikalen Rechtspartei, vergleichbar dem ersten großen Wahlerfolg der NSDAP im Herbst 1930, ist ausgeschlossen, solange wir unser Wirtschaftsleben in Ordnung halten. (S.223 f.)

Der Zusammenhang zwischen dem Zustand der Ökonomie und dem Hang zum politischen Extremismus wird auch von Ziemer bestätigt. Und da sich jetzt vermehrt rechte Tendenzen in der Politik bemerkbar machen, kann man daraus schließen, dass unsere, die europäische und weltweite Ökonomie nicht in Ordnung ist. Die Aussage von Ziemer, die „Wirtschaftswissenschaftler, unsere Bundesbank und die für den Wirtschaftskurs ihrer Parteien verantwortlichen Politiker der Gegenwart (hätten) ein sicheres Wissen über Konjunkturen und über das Instrumentarium der Krisenbekämpfung“ ist dagegen irrig. Auch wenn sein Text vor dem Jahr 1971 geschrieben wurde, hätte Ziemer aus Beobachtung der Daten schon selber beobachten können, dass seine Annahme nicht stimmt. Aber er war wohl noch von dem Anfangserfolg der Erhardschen Wirtschaftspolitik geblendet. Und in der Tat ist es ja so, dass im Start einer Marktwirtschaft nach einem wirtschaftlichen Zusammenbruch – wie wir ihn nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt haben, der Kapitalismus – wenn man die Ungleichverteilung des Kapitals in der Startzeit unberücksichtigt lässt - kein großes Problem ist, weil das eingesetzte Kapital, welches eine Rendite beansprucht, noch gering ist. Aber mit zunehmender Kapitalbildung und einer Dauerkonjunktur gibt es unweigerlich a) Verteilungsprobleme und b) durch die Vollbeschäftigung Beschäftigungsprobleme, weil diese das Kapital aufgrund sinkender Renditen in die Verweigerungshaltung treibt. Die Freiwirtschaftsschule - neben den Ordoliberalen die zweite Wurzel des Modells der Sozialen Marktwirtschaft - hat die Entwicklung von Beginn an gesehen und befürchtet. Sie wurde aber von Kräften ins Abseits gedrängt, die den Kapitalismus wollten, wenn sie Marktwirtschaft sagten oder die Begriffe

Marktwirtschaft und Kapitalismus als Synonyme betrachteten und von daher es als eine Spinnerei betrachteten, sich die Marktwirtschaft ohne Kapitalismus vorzustellen. Und als heutiges SPD-Mitglied sollte man wissen, die SPD als Unterstützer der liberalen Kapitalismuskritiker fielen aus, da sie von ihrem Theorieverständnis her gesehen, die Marktwirtschaft – die eben mit Kapitalismus gleichgesetzt wurde – bekämpfen musste. Inzwischen hat sich die SPD mit und nach der begrifflichen Umdeutung der Sozialen Marktwirtschaft angefreundet. Und heute hat der Begriff real zum Inhalt: Duldung des Kapitalismus und seine Zählung durch ein soziales Sicherungssystem in Form von Zwangskollektiven. In der Plenarsitzung des Bundestages, in der Sie Ihren Vorwurf gegen die AfD gerichtet haben, hat ein Kollege von Ihnen das mit anderen Worten beschrieben, als er den Anteil des Erfolges an der jetzigen verbesserten Situation der Beschäftigten und den Anteil an der Schaffung der Sozialen Marktwirtschaft für die SPD reklamierte. Die sozialen Zwangskollektive können von der Sache her gesehen aber nichts am Kapitalismus ändern. Die SPD sperrt sich seit Jahrzehnten - wie in der Zeit vor der Herrschaft der Nazis - gegen diese Einsicht und wundert sich, dass sie immer weniger Zuspruch durch die Wähler hat. Mit anderen Worten: Der Erfolg der AfD ist auf den Mist der anderen im Bundestag vertretenen Parteien gewachsen, geht also auch auf das Konto der SPD.

Solche Sätze zu schreiben, bereiten mir keine Freude, denn ich denke, Sie und auch Ihre Parteigenossen wollen für unsere Republik und ihre Bürger das Beste.

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Nachbemerkung:

Sehr geehrter Herr Kahrs,
ich habe überlegt, warum ich bei der Fülle der Informationen, die auch auf mich einströmen, gerade auf den Bericht über Ihren oben benannten Redebeitrag im Bundestag eingegangen bin. Ich vermute, dass wohl Ihre Redewendung vom Blick in den Spiegel für die erhöhte Aufmerksamkeit gesorgt hat. Diese Redewendung habe ich nämlich einmal selbst benutzt. Ich habe sie aber nicht auf Menschen angewendet, die politisch rechts stehend eingestuft werden, sondern auf einem Mann, der sich offensichtlich selber als ein Linker verstand. Es war in einer Veranstaltung mit Jutta Ditfurth als Vortragende in einem Hörsaal der Universität in Hannover. Die Zeit kann ich im Moment nicht benennen. Es muss Ende der achtziger Jahre gewesen sein. Georg Otto, der eine große Rolle beim Aufbau der grünen Partei gespielt hat,

bemühte sich intensiv, eine Verständigungsbrücke zwischen Mitgliedern des Arbeitskreises Dritter Weg in den GRÜNEN und der Vortragenden herzustellen. Das gelang aber nicht, weil Frau Ditfurth keine Bereitschaft zeigte über die Verständigungsbrücke zu gehen, auf die Georg Otto in seinen Redebeiträgen hinwies. Da ich den Eindruck hatte, dass Georg Ottos Werben um Verständigung als Anbiederung verstanden werden könnte, habe ich (sinngemäß) quer durch den Hörsaal gerufen: „Georg, hör mit deinem Liebeswerben auf. Jutta erhört dich doch nicht.“ Ein anderer Teilnehmer - mich meinend – quittierte das mit: „Hau ´ doch ab, du Faschist!“ Ich habe diesem Zwischenrufer dann geantwortet: „Geh Du nach Hause, schaue dort in Ruhe in den Spiegel, damit Du siehst, wie ein Faschist aussieht.“ In der Tat ist es ja so, dass der Begriff *Faschismus* sich abgenutzt hat und nur noch als Symbol des schlechthin Bösen steht² oder inhaltsleer ist.³ Ich verstand aber damals und auch heute den Faschismus als das Bestreben und den Anspruch, die Herrschaft über das Denken und Handeln anderer Menschen zu erlangen, und zwar mit legalen und illegalen Mitteln. Und so gesehen ist auch der Bundestag mit allen Fraktionen ein Hort von Faschisten, denn ich konnte noch nicht feststellen, dass die Mitglieder sich als Verteidiger der Freiheit, die bekanntlich die Freiheit des Andersdenkenden ist⁴, profiliert haben.

Nach einer anderen Begegnung in einem Vortrag von Jutta Ditfurth im Juni 1994 habe ich im Januar 1995 folgenden Beitrag geschrieben:

Jutta Ditfurth,

Du schöne Dienerin kapitalistischer Macht,

Du Desinformantin im Kleide der Aufklärung,

Du Priesterin einer materialistischen Religion,

Du begabte, tragische, sich selbst bekämpfende Frau

<https://de.wikipedia.org/wiki/Faschismus#Begriff>

Herr Kahrs, bekanntlich soll man aus seinem Herzen keine Mördergrube machen und es gibt einer politischen Debatte auch einen sterilen Anstrich, wenn jeder Abgeordnete im Hinblick auf den Nutzen der eigenen Fraktion, Partei oder Karriere jedes Wort auf die Goldwaage legt. Aber in jedem Streit sollte man zu erkennen geben, dass man den politischen Gegner als Menschen achtet, versucht ihn in seinem Denken und Wollen zu verstehen, um dann eine Gegenposition zu entwickeln.⁵ TA

2 So zu lesen in einer Vorlesung der Fernuniversität Hagen im Wintersemester 1982/83 über Irrationalismus / Nihilismus, Seite 241.

3 So unter „Faschismus“ in: <https://de.wikipedia.org/wiki/Faschismus#Begriff>

4 Diese Formulierung wird Rosa Luxemburg zugeschrieben, die ja ermordet wurde, weil sie diese Freiheit für sich in Anspruch nahm.

5 Ich wollte mit dem Hinweis, das die Parlamentarier selber dafür sorgen müssen, dass die Parlamente von den Bürgern nicht als „Quasselbude“ wahrgenommen werden. Dann las ich aber den Beitrag > Der Reichstag: „Quasselbude“ oder Diskursanstalt? < und fand, ich müsse darüber erst nachdenken.

<https://www.uni-bamberg.de/news/artikel/der-reichstag-quasselbude-oder-diskursanstalt/>